

# Dossier

Fortsetzung von Seite 29

Nicht vergessen werden darf natürlich auch, dass Österreich in Form der Volksabstimmung, Volksbefragung und des Volksbegehrens drei Mechanismen der direkten Demokratie zur Verfügung stehen. Die gesellschaftlich willensbildende Funktion dieser Mechanismen hat sich am deutlichsten in den beiden Volksabstimmungen zu Zwentendorf (1978) und dem EU-Beitritt (1994) gezeigt. Bei den Volksbegehren haben sich jene zum Konferenzzentrum Wien (1982), das Gentechnik-Volksbegehren (1997, 1,36 Mio. Eintragungen), das Volksbegehren zum Schutz des menschlichen Lebens (1975), das Volksbegehren zur Einführung der 40-Stunden-Woche (1969) und das Volksbegehren zur Reform des Österreichischen Rundfunks (1964) als die erfolgreichsten herausgestellt, gemessen an der Beteiligung. Den größten Flop verzeichnete das Volksbegehren „Pro Motorrad“ (1995) mit nur 75.000 Eintragungen.

„Demokratie beginnt damit, dass der Souverän die fundamentalste aller demokratischen Entscheidungen: die über die Verfassung, selbst treffen darf“, definiert Elke Renner von der Werkstatt für Frieden & Solidarität die Funktionsmechanismen direkter Demokratie. Da hat Österreich noch einiges aufzuholen. Im direkten Vergleich mit anderen Demokratien zeigt sich, dass die Möglichkeiten der Volksabstimmung hierzulande nicht wirklich ausgeschöpft wird. Während Österreich seit 1945 eben nur zwei Volksabstimmungen abhielt, kam Kalifornien seit Einführung dieser Maßnahme im Jahr 1884 auf nicht weniger als 1140 Volksabstimmungen, im Schnitt zehn pro Jahr. Es folgen die Schweiz mit 533 Volksabstimmungen seit 1798, Australien mit 72 seit 1898 und dann Irland, Italien und Frankreich mit reger Beteiligung des Volkes an der politischen Willensbildung.

## Direkte Demokratie

Die direkten Formen der politischen Beteiligung des Souveräns sind es auch, die eine funktionierende Demokratie von demokratieähnlichen Staatsformen unterscheidet. Solche Staatsformen sind etwa die parlamentarische Monarchie oder



**Punkto direkter Demokratie hat Österreich trotz verfassungsrechtlich gesicherter Mechanismen wie der Volksabstimmung noch Nachholbedarf: Seit 1945 fanden erst zwei davon statt. In Kalifornien wird jährlich im Schnitt zehnmal abgestimmt.** Foto: EPA

diverse islamische Republiken mit Parlamenten, etwa in Iran und Pakistan. Sogar Kuwait hat ein Parlament.

„Demokratie beginnt mit Entscheidungen des Souveräns.“

ELKE RENNER,  
WERKSTATT FÜR  
FRIEDEN & SOLIDARITÄT

Das Wesen und die Qualität der parlamentarischen Demokratie wird allerdings sehr stark von führungsstarken Persönlichkeiten und der Tiefe des Diskurses der politischen Handlungsträger bestimmt. Dies sind Eigenschaften, die für die Führung eines parlamentarischen Staates unabdingbar sind.

Nicht umsonst war Bruno Kreisky, dem selbst politische Gegner ein hohes Maß an Vision und Führungsstärke bescheinigten, der am längsten amtierende Bundeskanzler Österreichs, gefolgt von Franz Vranitzky, ebenfalls eine Persönlichkeit mit hohem Demokratieverständnis und politischer Leidenschaft. Der Sprung zur Jetztzeit zeigt

leider, dass aktuell Politiker ohne großes Format, Kraft und Interesse an der Spitze stehen. Das Problem, dass daraus entstehen kann, ist ein gewisser Trend zur Demokratiemüdigkeit bei den Wählern.

## Harmloser Eindruck

Ein leidiges Beispiel ist die derzeitige Ära Faymann. Der amtierende Bundeskanzler ist deshalb heftiger Kritik ausgesetzt, nicht zuletzt aus den eigenen Reihen. Steiermarks stellvertretender SPÖ-Landeshauptmann Kurt Flecker ortet bei Faymann „ein Bild einer Haltung, die an Oberflächlichkeit nicht zu übertreffen ist“. Nach fünf Wahlniederlagen in Serie hat Flecker den Kanzler Anfang Oktober zum sofortigen Rücktritt aufgefordert. Faymann fahre „den Kahn gegen den Felsen und lächelt beim Begräbnis sogar noch.“

Dass sich Österreich bislang so glimpflich durch die Wirtschaftskrise geschummelt hat, ist mehrheitlich der ÖVP zu verdanken. Faymann selbst macht einen ziemlich harmlosen Eindruck, wenn er wie ein schüchterner Vorzugsschüler ein Arbeitsmarktpa-

ket vorschlägt und dabei den Bankern anrät, „das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen“. Kann so ein Auftritt überzeugen? Wohl eher nicht. Die ÖVP weiß, was sie am Kanzler ohne Kanten und Konturen hat, er spielt ihnen geradezu in die Hände. „Das Mittelmaß ist voll“, meinte Christoph Kotanko im *Kurier* in Anspielung auf das Duo Faymann-Pröll, das Gefahr läuft, in die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, die sich in ihrer Politik auftut, schließlich hineinzufallen.

„Das Mittelmaß ist voll.“

CHRISTOPH KOTANKO,  
„KURIER“

Schon lange nicht mehr war die Politik der Kompromisse so matt in Österreich. Man kann die Ränkespiele hinter den Kulissen nicht nur errahnen, sondern man bekommt sie täglich vorgeführt. Josef Pröll (ÖVP) gilt als die nächste Kanzlerhoffnung, und wenn Faymann so weitermacht, glaubt man fast, er strebe dies an. Der Bür-

ger hat das Gefühl, als würde er einer Soap Opera zuschauen statt einer handlungsfähigen Bundesregierung.

Der große Vorteil von Pröll dabei ist, dass er durchaus eine gute Performance zur Bewältigung der dringlichen, durch die Wirtschaftskrise ausgelösten Probleme vor allem im Bankensektor geleistet hat. Die Nachwehen wie die vielen Arbeitslosen und die leeren Sozialkassen kann er getrost Faymann überlassen. Wirtschaftskompetenz in dieser Situation zu signalisieren ist ohnehin ein besserer Schachzug, als mit der Idee einer (kaum umsetzbaren) „Reichensteuer“ im politischen Glashaus herumzutapsen, wie es Faymann tut.

Im nächsten Jahr wird Faymann drei weitere Wahlen zu bestreiten haben, nämlich in der Steiermark, im Burgenland und in Wien. Die Prüfung wird eine harte sein, und es steht viel auf dem Spiel. Mit der derzeitigen Performance braucht er dringliche Unterstützung der Landeshauptleute, oder die Wahlen werden in einem weiteren Fiasko enden, was vor allem für Wien dramatisch werden könnte.

Arno Maierbrugger